



Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der
Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

FÜR EIN STARKES,
GERECHTES,
SOZIALES EUROPA

BILANZ BROSCHÜRE 2019





Dietmar Köster Tiemo Wölken Joachim Schuster Ulrike Rodust Knut Fleckenstein Iris Hoffmann Bernd Lange



Gabriele Preuss Susanne Melior



Jens Geier Sylvia-Yvonne Kaufmann



Petra Kammerevert Arne Lietz



Birgit Sippel Constanze Krehl



Arndt Kohn Jakob Von Weizsäcker



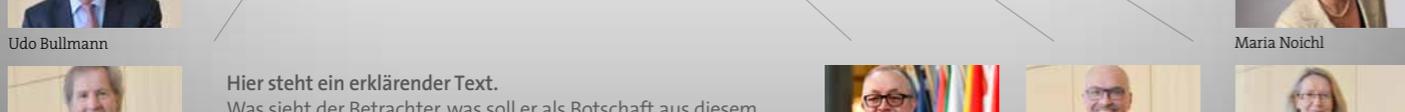
Martina Werner Kerstin Westphal



Norbert Neuser Ismail Ertug



Udo Bullmann Maria Noichl



Jo Leinen Michael Detjen Peter Simon Evelyn Gebhardt



Hier steht ein erklärender Text. Was sieht der Betrachter, was soll er als Botschaft aus diesem Schaubild mitnehmen? Lorem velit dollent que quas el ea num volore, exero ipsumqu atinulp aruntiae imintiate audaest.

WIR KÄMPFEN FÜR EIN STARKES, FAIRES UND SOZIALES EUROPA.

Von außen werden die Europäische Union und ihre Werte nicht zuletzt durch die konservative US-Regierung infrage gestellt. Globale gemeinsame Vereinbarungen wie den Pariser Vertrag, die Welthandelsregeln oder Gewissheiten über die NATO löst Donald Trumps Administration einseitig auf. Innerhalb der Europäischen Union wird der Zusammenhalt durch Nationalisten und Nationalkonservative wie den ungarischen Premier Viktor Orbán, die polnische PiS-Regierung oder die Populisten in der italienischen Regierung attackiert.



Wir wollen ein Europa, das gemeinsam Zukunft gestaltet. Herausforderungen wie der Klimawandel, globale Finanzkrisen oder die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft lassen sich nur mit der Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsstaaten angehen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben seit der Europawahl 2014 trotz einer konservativen Mehrheit im Europäischen Parlament sozialdemokratische Erfolge in der Europäischen Union errungen. Um die EU noch fairer, demokratischer und sozialer auszurichten, braucht es auch künftig eine starke Sozialdemokratie – für mehr Freiheit, Gerechtigkeit, Wachstum und Wohlstand.

Wo uns Europa im Alltag begegnet und was Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erreichen und für Europäerinnen und Europäer verbessern konnten, zeigen die folgenden Seiten.

Ihr

Jens Geier
Vorsitzender der SPD-Europaabgeordneten



HIER STEHT EINE HEADLINE SOZIALES EUROPA

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen für ein starkes, faires und soziales Europa.

Hier steht ein Text In plia niste dolecesequi am, sersperibus saperferum quatiist aut as sint omnimi, et volessus quibusandam sim doloratur siminve liquamus rero eum impos suntio. Ciatus aut officio voluptaquias dolupta quunt.

Dusam, si consecatium que aut escipie nditaque voluptu reperup taquistia cum assinientem explic tem que ped mil incti dipsus, omnit omnis expliam nis pra que nim voluptati veriore iureici enimiliquam re soluptatur sundis et alite peritati berspe niminus. Pe venia doluptis acius nos maio volectas intest, seque sim volut est, ex et pra conessecus etur re eicita aperovition eatur? Qui nati cus doluptia non parum eius.

Dunt, sincipitiunt moluptatem quo miligent dolorum facerit iatestiae nonsed ut eum, si re cum dus et quibuscimet fugit volupta sperita quam qui doluptibus, quation senihil lignimin et liciatur atur si debita volestissed quam ad quos nienditi qui sequis-cipsum doluptas sunt maio versped mo enduntum iunt et inciis alis mo omni ipitios dolorporibus id maio. Nossiminto berovit atiisciet ipietusci idendictis ducitias et velenti busdam, que nescillor re nis nesequoditas endiatem velenim fugit ut minullupid quo voluptias es exeria voluptur alitatemquam alis ium sus doluptati tecus magnimet peratiunt faccollabore quate dest lat ut ari cum quati omnimaio evenim erspedi gendebitas eum reperum nusaper atquist aperferate imagnis reheniendam ea nem nossiminctum rehendia enecumenda comnis eaqui nobis excea nit dolupta spernatur, is eosa valor solupta tioratiis eosaestia nos doloriae. Rum, que volorest qui quam que vel minveni menditios repercias ea nobisitis doloria quae voluptat escit denissed mos et que voluptae cusanis endunt.

1. GUTE ARBEIT IN EUROPA

Gute und faire Arbeit in ganz Europa ermöglichen und das Leben der Menschen spürbar verbessern. Dafür machen wir uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stark.

Staatsgrenzen sind für Bürgerinnen und Bürger in der EU kein Hindernis – sie können in allen Mitgliedstaaten arbeiten oder von ihren Arbeitgebern entsendet werden. Wir haben durchgesetzt, dass dabei faire Regeln gelten. Wer am gleichen Ort die gleiche Arbeit verrichtet, sollte auch den gleichen Lohn bekommen – Lohn- und Sozialdumping in der EU ist inakzeptabel.

Deshalb haben wir das Prinzip „Gleiche Arbeit für gleichen Lohn am gleichen Ort“ erfolgreich eingeführt und das Untergraben von Arbeits-, Sozial- und Tarifstandards drastisch eingedämmt. Anständig zahlende Unternehmerinnen und Unternehmer in Europa müssen jetzt nicht mehr die Konzerne fürchten, die Entsendete aus anderen EU-Staaten zu Dumpingpreisen anstellen. Das ist fair.

Unfair ist, wenn Menschen durch prekäre Jobs in die Erwerbsarmut gedrängt werden. Wir haben erreicht, dass Nullstundenverträge, bei denen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur auf Abruf Geld verdienen, abgeschafft werden. Einheitliche Standards, auch bei der Probezeit, sollen für alle Europäerinnen und Europäer gelten.

Fair ist, wenn Jugendliche in Europa, egal wo sie leben, ein Recht und gute Chancen auf eine Aus- und Weiterbildung haben. Wir haben uns



deshalb für die richtige Umsetzung der Jugendgarantie eingesetzt. Diese Beschäftigungsinitiative hilft dabei, dass Jugendliche in EU-Mitgliedsstaaten mit hoher Arbeitslosigkeit schnell in Ausbildungsplätze und Jobs vermittelt werden.

Für gute Arbeit von Finnland bis Portugal brauchen wir ein soziales Europa. Der Beschluss der sogenannten Europäischen Säule sozialer Rechte ist ein großer Fortschritt der vergangenen fünf Jahre - die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist dabei eine zentrale sozialdemokratische Forderung, die wir auf die Agenda gesetzt haben. Soziale Rechte wie Mutterschutz, Elternzeit und Arbeitsbefreiung für pflegende Angehörige sollten überall in Europa gestärkt werden.

Unsere Position im Europäischen Parlament ist eindeutig - es liegt in der Hand der EU-Mitgliedsstaaten, für ein soziales Europa Flagge zu zeigen und konkrete Gesetzgebung auf den Weg zu bringen. Leider hat die konservativ geführte EU-Kommission von Jean-Claude Juncker sein Versprechen nicht gehalten, ein soziales Europa voranzutreiben. Und auch in den Mitgliedsstaaten werden viele soziale Regeln von überwiegend konservativen Regierungen blockiert.





2. MITREDEN UND DEMOKRATIE STÄRKEN



Unser Europa zeichnet sich durch Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aus. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns für stärkere Transparenz der Arbeit der EU-Institutionen und für mehr Beteiligungsmöglichkeiten ein.

Um die Europawahlen sichtbarer zu machen, stehen wir geschlossen hinter der Idee, dass sich die europäischen Parteien auf eine Person an der Spitze ihrer Liste einigen müssen. Im Gegensatz zu mehreren anderen Fraktionen setzen wir uns dafür ein, dass Spitzenkandidaten und Spitzenkandidatinnen für Europa als Fortschritt zu mehr europäischer Demokratie im europäischen Wahlrecht verankert werden.

Wir wollen, dass auch jenseits von Wahlen mehr Europäerinnen und Europäer mitreden und Gehör finden. Die Europäische Bürgerinitiative ist dafür eines der wichtigsten Errungenschaften für Bürgerbeteiligung auf europäischer Ebene. Viel zu lange war die Bürgerinitiative jedoch von komplizierten Anforderungen und viel zu viel Bürokratie geprägt. Wir haben erreicht, dass sie nun nutzerfreundlicher und weniger bürokratisch wird. Eine unserer Kernforderungen bei der Reform war, dass sich in Zukunft junge Menschen ab 16 Jahren an einer Initiative beteiligen können.

Leider sehen wir in Europa nicht nur Fortschritte sondern auch Rückschritte, was Demokratie und Rechtsstaatlichkeit belangt. Für diesen Fall sehen die Europäischen Verträge ein Verfahren nach Artikel 7 vor, das den betroffenen Mitgliedsstaat in mehreren Schritten vorwarnt

- bevor im schlimmsten Fall das Stimmrecht im Europäischen Rat entzogen werden kann. Wir Sozialdemokratinnen und -demokraten wollen Dialog, bevor mit Sanktionen gedroht wird. Im Falle Ungarns und Polens machen uns die politischen Entwicklungen jedoch große Sorgen. Deshalb haben wir uns entschieden für ein Rechtsstaatlichkeitsverfahren eingesetzt. Es geht um die Verteidigung der Fundamente der Europäischen Union und ein klares Bekenntnis zu europäischen Werten wie Meinungs- und Pressefreiheit sowie den Schutz von Minderheiten - dafür braucht es überall in Europa eine unabhängige Justiz.

Ohne den Mut von Whistleblowern wären zahlreiche Korruptions- und Steuerhinterziehungsaffären nicht an die Öffentlichkeit gelangt. Daher setzten wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns mit Nachdruck für einen europaweiten Schutz von Hinweisgebern, die im öffentlichen Interesse handeln, ein.

Die Gleichstellung von Frau und Mann gehört zu unseren demokratischen Werten und für die Verbesserung der Rechte und Chancen von Frauen müssen wir uns stetig engagieren. Wir haben uns gegen den Widerstand der konservativen Kräfte mit einer fortschrittlichen Strategie für Gleichstellungspolitik in Europa durchgesetzt. Wir haben außerdem erreichen können, dass die EU die sogenannte Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauen unterzeichnet hat. Damit haben wir mit einem einmaligen internationalen Vertrag möglich gemacht, dass Frauen europaweit einheitlich geschützt werden können und Gewalt gegen Frauen ein Ende bereitet wird.



3. GEMEINSAM SICHER LEBEN



Europäische Sicherheitsagenda allgemein, Reform Europol, Europäische Staatsanwaltschaft, mehr Fälschungssicherheit bei Visa, Verteidigungsunion (Einsparungen und mehr Sicherheit durch engere Zusammenarbeit in Europa)

Alleine ist kein Land gegen internationale Bedrohungen wie Terror und Cyberkriminalität gewappnet. Die Anschläge in Paris, Brüssel, Nizza, Berlin oder anderen europäischen Städten haben uns gezeigt, dass wir auf EU-Ebene besser Informationen und Daten austauschen müssen. Daher haben wir das Informationssystem des Schengen-Raums reformiert und uns dabei besonders für Datenschutzstandards und Datenqualität eingesetzt.

Geld für Militärausgaben zusammenlegen sowie gemeinsam investieren - das sind unsere Überzeugungen, wenn es darum geht, in Sicherheits- und Verteidigungsfragen europaweit zusammenzuarbeiten. Klar ist, dass eine Kooperation auf EU-Ebene niemals zu Aufrüstung führen darf! Im Oktober 2016 hat der Rat der Europäischen Union eine Strategie für die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik verabschiedet. Wir unterstützen diese gemeinsame Vision für die zukünftige Zusammenarbeit der EU-Staaten und ein Bekenntnis zum gemeinsamen Handeln.

Europäische Friedenspolitik, also Konfliktprävention und friedliche Konfliktlösung, soll auch in Zukunft die oberste Priorität der europäischen Außenpolitik sein. Zivile und entwicklungspolitische Mittel werden dabei weiterhin eine zentrale Rolle spielen. Wir haben wir uns

dafür eingesetzt, dass Entwicklungsgelder nicht für militärische Zwecke ausgegeben werden dürfen.

Die EU und ihre Mitgliedsstaaten sind zunehmend von Hackerangriffen betroffen. Europa muss sich besser und gemeinsam gegen Cyberkriminalität aufstellen. Wir haben uns deshalb im Europaparlament für eine koordinierte europäische Antwort auf EU-weite Sicherheitsbedrohungen stark gemacht und mehr Mittel für die europäische Cyberagentur durchsetzen können.

Für die Europa-SPD sind Rüstungsgüter keine normalen Handelsgüter. Wir müssen daraufhin arbeiten, Rüstungsexporte künftig europäisch zu regeln. Dabei muss die Einhaltung der gemeinsamen Exportregeln von einem parlamentarischen Kontrollgremium mitüberwacht werden und die Möglichkeit zur Sanktionierung bei Verstößen gegeben sein. Bei Finanzierung von Rüstungsforschung durch Finanzmittel aus dem bestehenden EU-Haushalt fordern wir eine Einbeziehung des Europäischen Parlaments. Außerdem haben wir erfolgreich verabschiedet, dass autonome Waffen, die ohne jegliche menschliche Kontrolle funktionieren und eigenständig über Leben und Tod entscheiden können, international verboten werden soll.

4. FAIRE WIRTSCHAFT, STARKER EURO



In Europa leben, arbeiten, wirtschaften. Dafür brauchen wir einen starken Wirtschaftsraum und einen krisenfesten Euro.

Die Eurozone muss sich ändern und reformieren, um für künftige Krisen gewappnet zu sein. Dazu gehört auch ein eigener Eurozonen-Haushalt, damit wirtschaftliche Schocks besser abgefedert werden können. Diese Idee haben wir als Parlamentsposition nach vorne gebracht. Als Antwort auf die Bankenkrise haben wir uns besonders für Bankenregulierung und Risikoreduzierung stark gemacht - die europäische Bankenaufsichtsbehörde darf die großen systemrelevanten Banken nicht mit Samthandschuhen anfassen. Wir haben uns mit unserer Position durchsetzen können und eine strengere Verschuldungsquote erreicht. Kleine Banken, wie Genossenschaftsbanken und Sparkassen, bilden einen wichtigen und stabilisierenden Pfeiler im Bankensystem. Deshalb haben wir beschlossen, dass diese weniger strenge Auflagen erfüllen müssen als Großbanken und leichter Kredite an kleine und mittlere Unternehmen sowie Infrastrukturprojekte vergeben können.

Eine starke europäische Wirtschaft braucht Investitionen. Die EU-Strukturfonds sind dabei nicht nur ein sichtbares Mittel für den Zusammenhalt in Europa, sondern sie schaffen überall in Europa Jobs und helfen, Herausforderungen wie den Klimawandel, den demographischen Wandel oder die Flüchtlingsintegration anzugehen. Damit EU-Gelder effektiv in Investitionen in Stadt und Land fließen und unsere Regionen zukunftsfest machen, haben wir uns für eine Vereinfachung der Mittelbeantragung eingesetzt. Stundenlanges Ausfüllen von komplizierten Anträgen muss der Vergangenheit angehören.

Wer in Europa Geld verdient, muss auch hier Steuern zahlen. Geldwäsche, Steuerbetrug und Steuerflucht haben wir den Kampf angesagt. Auf Forderung der sozialdemokratischen Fraktion hat das Europäische Parlament Sonderausschüsse eingesetzt, um Steuerbetrug und Steueroasen aufzudecken. Anonyme Briefkastenfirmen, die Riesengewinne erzielen aber sich nicht an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligen, stellen einen enormen Verlust an Steuereinnahmen dar. Deshalb haben die Sonderausschüsse zahlreiche Vorschläge für mehr Steuergerechtigkeit gemacht: eine öffentliches und EU-weites Unternehmensregister zeigt nun auf, wer wo welchen Umsatz macht. Das schafft mehr Transparenz und Gerechtigkeit für unseren Wirtschaftsstandort Europa.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern seit Langem: Kein Steuerfreifahrtschein mehr für Google, Facebook und Co. Die EU-Kommission hat unsere Pläne aufgegriffen und einen Vorschlag für die Besteuerung von Digitalunternehmen eingereicht. Leider konnten sich die EU-Mitgliedstaaten im Rat bisher nicht auf eine Position dazu einigen.

Unsere Wirtschaft ist nur gesund, wenn Europa gute Jobs, faire Arbeitsbedingungen und jungen Menschen Perspektiven bietet. Deshalb haben wir erreicht, dass Statistiken über Langzeitarbeitslosigkeit, Beruf und Ausbildung sowie über Menschen, die dem Risiko von Armut und sozialer Ausgrenzung ausgesetzt sind, in die gemeinsame Koordinierung der Wirtschaftspolitik zwischen den EU-Mitgliedstaaten mit aufgenommen werden.

5. FLUCHT UND MIGRATION – SOLIDARISCH MITEINANDER

Flucht und Vertreibung sind ein globales Phänomen, das Nationalstaaten nur in Zusammenarbeit sinnvoll angehen können. Wir Sozialdemokratinnen -und demokraten stehen für ein solidarisches Europa, das denen Schutz bietet, die auf der Flucht vor Vertreibung und Krieg sind, und legale Einwanderungswege für Migrantinnen und Migranten bietet. Konservative und nationalistische Regierungen, die Flüchtlingsboote und Seenotrettung kriminalisieren und an unseren Küsten abweisen, missachten unsere Werte und die globale Verantwortung Europas.

Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die europäische Grenz- und Küstenschutzagentur Frontex reformiert wurde, um die EU-Mitgliedstaaten explizit bei Such- und Rettungsaktionen zu unterstützen.

Wenngleich sich die meisten Flüchtlinge in Staaten außerhalb Europas aufhalten, muss auch Europa dazu beitragen, das Recht auf Schutz vor Verfolgung und unmenschlicher Behandlung durchzusetzen. Dabei hat uns die Flüchtlingsbewegung im Sommer 2015 und den darauffolgenden Monaten deutlich vor Augen geführt, dass das bisherige EU-Asylsystem überholt ist, und einzelne Mitgliedstaaten bei der Bearbeitung von Asylanträgen und der Aufnahme von Flüchtlingen alleine lässt. Auf Drängen der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hat das Europäische Parlament eine klare Position für eine grundsätzliche Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems verabschiedet. Außerdem haben wir eine Reform verabschiedet, die das Ziel der gemeinsamen Verantwortung für Flüchtlinge in allen EU-



Mitgliedsstaaten verfolgt. Geflüchtete müssen gerecht auf die verschiedenen EU-Staaten verteilt werden.

Die EU braucht außerdem ein einheitliches Asylverfahren in jedem Mitgliedsstaat, sodass Geflüchtete überall gleich behandelt werden und dieselben Verfahren durchlaufen. Wir Sozialdemokratinnen und -demokraten haben uns deshalb für die Einrichtung einer Europäischen Asylagentur eingesetzt.

Wir treten darüber hinaus für eine internationale Politik der Krisenprävention, der eigenständigen wirtschaftlichen Entwicklung und der Stärkung demokratischer Strukturen ein. Menschen fliehen vor Krieg, aber auch vor Perspektivlosigkeit. Um unsere Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern zu verbessern, sind wir für eine stärkere Afrika-Politik der EU eingetreten, damit Menschen lebenswürdige Bedingungen, auch in ihrer Heimat, vorfinden.

Für eine menschenwürdige europäische Asyl -und Flüchtlingspolitik müssen die Mitgliedstaaten nun endlich Verantwortung übernehmen.





6. FRIEDEN SCHÜTZEN, FAIR HANDELN



Europa ist eine Friedensmacht in einer globalisierten Welt. Friedensmissionen, Katastrophenhilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Hilfe beim Aufbau und der Festigung junger Demokratien zählen zur globalen Verantwortung Europas in der Welt.

Ungerechtigkeit in Form von Ausbeutung oder Kinderarbeit begegnet uns auch in Europa – zum Beispiel wenn wir Kleidung kaufen, die Schneiderinnen und Schneider ohne jeglichen Arbeitsschutz hergestellt haben. Wir haben erreicht, dass das Thema faire Lieferketten in der Textil- und Bekleidungsbranche eine übergreifende Mehrheit im Europäischen Parlament bekommen hat.

Globalisierung bringt Chancen und Herausforderungen mit sich und sie muss im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung gestaltet werden. Bei Freihandelsabkommen mit Partnern der EU wie Japan oder Kanada haben wir kontinuierlich für verbindliche Sozial-, Arbeits- und Umweltstandards gekämpft. Wir fordern: wer das nicht einhält, muss mit Sanktionen rechnen.

Für uns ist klar, dass jedes EU-Handelsabkommen einen Beitrag zur Umsetzung des internationalen Pariser Klimaabkommen leisten muss. Das haben wir als Position des Europäischen Parlaments durchsetzen können. Demnach können wir nur mit Ländern Abkommen schließen, die das Pariser Klimaabkommen ratifiziert und implementiert haben.

Freier Handel muss auf hohen Standards und fairen Regeln basieren.

In Handelsverträge mit Kanada und Japan haben wir erfolgreich Umwelt-, Verbraucher und Arbeitsschutz eingebracht. Darüber hinaus sind wir für mehr Transparenz in den Verhandlungen eingetreten. Das umstrittene Thema der Schiedsgerichtbarkeit, das heißt der Verfahren im Streitfall zwischen einem Staat und einem Unternehmen, haben wir für einen internationalen Schiedsgerichtshof gekämpft. Statt privater Schiedsstellen für Streitfragen in Bezug auf Handelsabkommen wollen wir kontrollierbare und öffentliche Institutionen in dieser Rolle sehen. Mit der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten und seinem klaren Bekenntnis zur „America First“-Politik, wird sich die EU selbstbewusster und selbstständiger als bisher innerhalb der transatlantischen Partnerschaft weiterentwickeln müssen. In der Zusammenarbeit mit dem Iran halten wir und die EU insgesamt an dem lange ausgehandelten Atomabkommen fest. Nur so können wir Vertrauen weiter ausbauen und Sicherheit gewährleisten.

Besonders zum afrikanischen Kontinent braucht die EU eine neue Politik auf Augenhöhe, damit wir in Themen wie Entwicklung und Migration besser zusammenarbeiten können. In unseren langjährigen Beziehungen mit 79 afrikanischen, karibischen und pazifischen Ländern haben wir den Austausch mit den Parlamenten der beteiligten Länder erfolgreich stärken können.

7. ONLINE VERNETZT – SICHER UND GRENZENLOS



Unser Europa steht für einen starken Datenschutz und eine hohe Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger im Netz.

Der Handel mit Daten ist die Goldgrube vieler Unternehmen geworden - Mitspracherecht für Bürgerinnen und Bürger und Information darüber, was mit den eigenen Daten passiert, gab es bisher kaum. Das haben wir geändert: Seit Mai 2018 gilt die Europäische Datenschutzverordnung. Sie sieht vor, dass wir darüber Bescheid wissen und unsere Zustimmung erforderlich ist, wenn unsere Daten - seien es E-Mail-Adressen oder Fotos - für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Wenn es um den Handel mit Daten geht, brauchen wir transparente und umfassende Prüfungen der nationalen Datenschutzbehörden. Beim Skandal um Facebook und das Unternehmen Cambridge Analytica fordern wir in einer Resolution eine umfassende Untersuchung von Facebooks Praktiken durch die EU-Datenschutzbehörden.

Plattformen müssen transparenter werden, etwa im Hinblick darauf, wer politische Anzeigen bezahlt. Und: Wir brauchen dringend Ergebnisse bei der ePrivacy-Reform zum Schutz gegen so genanntes „Targeting“, also der zielgerichteten Ansprache und Manipulation von Menschen im Netz. Die EU-Regierungen müssen endlich ihre Blockade der geplanten ePrivacy-Verordnung aufgeben.

Denn auch im Internet wollen wir Privatsphäre haben. Alles, was wir im Internet suchen und finden wird durch cookies gemessen

und analysiert. Wir stehen auch hier dafür ein, dass Nutzerinnen und Nutzer selbst bestimmen, ob ihre Suchangaben getrackt, also nachverfolgt werden sollen, oder nicht.

Im digitalen Zeitalter muss auch unser europäischer Binnenmarkt durch kohärente Regeln für die Internetwirtschaft und Transparenz für Verbraucherinnen und Verbraucher fit gemacht werden. Erfolgreich einführen konnten wir „Wifi4you“: damit fördern wir freien WLAN-Zugang auf öffentlichen Plätzen europaweit.

Urheberrechte müssen auch online gelten, bei Videos, Texten und Musik, die wir im Internet konsumieren und teilen. Wir haben uns die Regeln an die digitalen Bedingungen der Gegenwart und Zukunft angepasst uns dabei die Rechte von Kreativen gestärkt.

Grenzenlos, ohne blockierte Websites, die man aus einem anderen EU-Land abrufen möchte - sein bezahltes Abo möchte man auch aus Spanien oder Frankreich abrufen können. Seit April 2018 geht das: Kundinnen und -Kunden können die gleichen Online-Inhalte in allen EU-Staaten abrufen. Bislang verhinderte eine Form von Geoblocking nicht selten einen grenzüberschreitenden Zugriff auf diese Dienste. Endlich können Verbraucherinnen und Verbraucher die Filme und Serien, für die sie bezahlt haben, auch in ganz Europa gucken.



8. EINSATZ FÜR EIN GUTES KLIMA



Ein Europa, das sein Klima schützt. Dafür brauchen wir saubere Mobilität und ein klares Bekenntnis zum Umweltschutz.

Europa ist nur gemeinsam stark. Wenn wir den Klimawandel weltweit aufhalten wollen, schaffen wir das nicht alleine. Bei den Vereinten Nationen sind wir mit einer EU-Delegation vertreten und setzen uns bei den UN-Klimakonferenzen für das Einhalten des Pariser Klimaabkommens ein.

Wir haben direkt nach der Wahl im Mai 2014 ehrgeizige Ziele zur Minderung von Treibhausgasen bis 2030 gefordert. Erneuerbare Energien und ihr Anteil an der Energieerzeugung in Europa sind ein Streitpunkt, bei dem wir uns erfolgreich gegen konservative Blockaden durchgesetzt haben.

Wir haben erreicht, dass der europäische Handel mit Emissionszertifikaten zum CO₂-Ausstoß, reformiert wurde. Bisher befanden sich übermäßig viele Zertifikate auf dem Markt und der Preis wurde gedrückt. Das gewünschte Einzahlen für den Klimaschutz und der Anreiz zu einer Verringerung des CO₂-Ausstoßes blieb also aus.

Saubere Luft in unseren Städten. Das geht nur mit einer drastischen Reduzierung von CO₂. Wir haben diese Position mit ganzer Kraft erfolgreich im Europäischen Parlament durchgesetzt und halten entschlossen an diesem Ziel fest: 40 Prozent weniger CO₂ bei Neuwagen bis 2030, insgesamt 50 Prozent weniger Klimagase. Und nur so können wir die nachkommenden Generationen vor den schwerwiegenden Fol-

gen der globalen Erwärmung bewahren. Wir konnten und gegen die anderen Fraktionen im Europäischen Parlament durchsetzen, die sich auf Interessen von Konzernen konzentrieren oder die Beschäftigten in der europäischen Industrie ignorieren. Die Europa-SPD macht sich für eine saubere Mobilität unter Sicherung guter Arbeitsplätze in Deutschland und Europa stark. Dafür brauchen wir auch eine funktionierende Infrastruktur für alternative Kraftstoffe, zum Beispiel Ladestationen für E-Autos oder Wasserstofftankstellen und mehr emissionsarme Fahrzeuge im öffentlichen Nahverkehr. Auch für diese Positionen haben wir eine Mehrheit hinter uns versammeln können.

Für den Schutz unserer Umwelt und Meere müssen wir die zunehmende Plastikflut reduzieren - sie ist zu einem unserer größten Herausforderungen im Umweltschutz geworden. Wir haben erreicht, dass Flaschen, Tüten und bestimmte Lebensmittelverpackungen aus Kunststoff sowie Zigarettenpackungen und -filter nicht mehr verwendet werden sollen. Außerdem konnten wir durchsetzen, dass eine verbindliche Recyclingquote von 90 Prozent für alle Einwegplastikflaschen ab dem Jahr 2025 gelten soll.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben hart für die Gründung eines Sonderausschusses zum Genehmigungsverfahren für Pestizide gekämpft - und uns im Februar 2018 durchgesetzt. Das ist eine gute Nachricht, denn der Streit um die Wiedezulassung des Wirkstoffs Glyphosat hat deutlich gemacht, dass das Genehmigungsverfahren für Pestizide auf den Prüfstand muss.



9. LERNEN, EUROPAWEIT



Ein Europa, das Chancen für alle schafft - dafür treten wir ein und haben dafür entsprechende EU-Programme verbessert und ausgebaut. Bis heute hat das EU-Bildungsprogramm ERASMUS Millionen junger Europäerinnen und Europäern die Möglichkeit gegeben, für eine Zeit im Ausland zu leben und zu studieren, eine andere europäische Kultur zu entdecken, andere Menschen zu treffen sowie ihre Sprach- und Kommunikationskenntnisse zu verbessern. ERASMUS ist eine der größten Erfolgsgeschichten der EU.

Im Europäischen Parlament haben wir ein ERASMUS-Programm gefordert, das durch einfache und transparente Bewerbungsverfahren einen breiteren Zugang ermöglicht - nicht nur junge Menschen aus Akademikerfamilien sollen von den Chancen eines Auslandsaufenthalts profitieren - Europa und unsere verschiedenen Kulturen muss für alle erfahrbar und erschwinglich sein

Ein inklusives und ausgebautes Erasmus-Programm, das mehr jungen Menschen Chancen bietet, braucht auch mehr Mittel. Die EU muss hier finanzielle Prioritäten setzen. Wir fordern eine Verdreifachung der Mittel für Erasmus – denn mit Investitionen für junge Menschen investieren wir in die Zukunft Europas.

Unser Europa ist solidarisch. Deshalb haben wir uns für das europäische Solidaritätskorps stark gemacht, das jungen Menschen einen Einsatz in sozialen Einrichtungen, im Wiederaufbau nach Naturkatastrophen oder demokratiefördernden Projekten ermöglicht. Dabei ha-

ben wir durchgesetzt: Ein Freiwilligenplatz ersetzt keine feste Stelle. Ein Einsatz für Europa muss Orientierung und Bildungschancen für junge Menschen bieten

Wir haben uns außerdem für die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Bildungsraums stark gemacht, damit Mobilität hier endlich mehr vereinfacht und verbessert wird. Eine Bildungszeit im Ausland schafft viele Chancen für die Integration auf dem Arbeitsmarkt und prägt junge Menschen für ihr ganzes Leben

Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende in der EU haben oft Schwierigkeiten, ihre bei Auslandsaufenthalten erlangten Bildungsabschlüsse angerechnet zu bekommen.

Junge Menschen müssen europaweit angemessen auf ihre Zukunft vorbereitet werden. Die automatische Anerkennung von Diplomen ist dabei unsere zentrale Forderung an EU-Kommission und die Entscheidungsträger im Rat.

10. EUROPA BEREISEN – RECHTSSICHER UNTERWEGS



Europa und die Welt erkunden - sicher und mit fairen Regeln. Wir setzen uns für Verbraucherrechte ein - denn innerhalb unseres gemeinsamen Marktes, dem europäischen Binnenmarkt, sollen einheitliche Regeln für alle gelten.

Im Urlaub möchte man sich etwas gönnen. Ein Handytelefonat nach Hause war bisher oft Luxus, denn die Roaming-Gebühren verteuerten die Dienste der Telekommunikationsunternehmen zum Teil drastisch. Damit ist seit Juni 2017 Schluss: Roaming-Gebühren sind abgeschafft! Die Aufschläge für Telefonate, SMS und Daten haben wir abgeschafft und das Auslandstelefonat in der EU kostet wesentlich weniger als zuvor.

Die meisten Menschen buchen ihre Urlaubsreise über Reiseportale im Internet. Vielfach buchen die zukünftigen Reisenden gleich im Anschluss noch einen passenden Flug oder einen Mietwagen dazu. Diese Entwicklung hat das bisherige Reiserecht nicht berücksichtigt. Wir haben erreicht, dass bei der Buchung von Pauschalreisen, sowohl bei Online- als auch bei Offline-Buchungen, einheitliche europäische Regeln gelten.

Wer mit dem Flugzeug reist kann sich darauf verlassen, dass die Crew an Bord europäische Arbeitnehmerstandards einhält - wir haben verhindert, dass Airlines noch umfassender als bisher Flugpersonal aus Drittstaaten einstellen, um europäische Arbeitsrechtsstandards und Tarifvereinbarungen zu unterlaufen. Ein scheinselfständiger Pilot und

eine überarbeitete Besatzung - da fühlt sich niemand sicher. Deshalb haben wir uns für strengere Regeln für Flugsicherheit und eine Überprüfung der Arbeitsbedingungen durch die Europäische Agentur für Flugsicherheit durchgesetzt.

Wer mit dem Auto in Europa unterwegs ist, kann sich, die entsprechende Technik vorausgesetzt, seit März 2018 auf das europaweite automatische Notrufsystem eCall verlassen. Bei Unfällen beschleunigt eCall Rettungseinsätze dadurch, dass der Airbag-Sensor automatisch über das Mobilfunknetz die örtlich zuständige Notrufzentrale 112 informiert. Wir gehen davon aus, dass durch eCall in der Europäischen Union mehrere hunderte Menschenleben pro Jahr gerettet werden können.

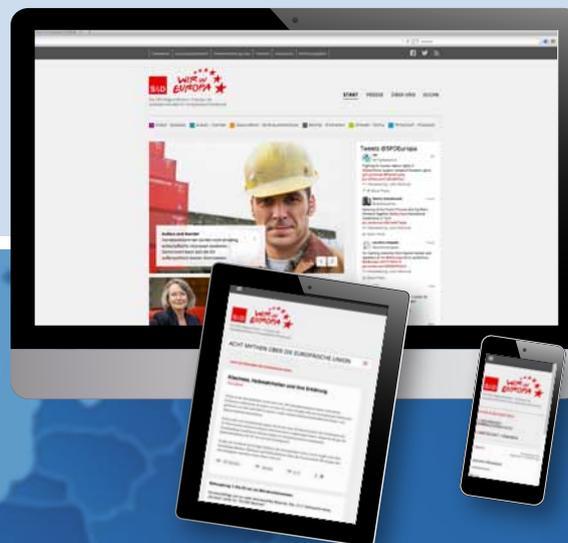
Im Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments streiten wir für bessere Fahrgastrechte. Jeder kennt es - man hat ein teures Zugticket, nach Amsterdam oder Paris gekauft und kommt nicht zur geplanten Uhrzeit am Ziel an. In diesen Fällen brauchen wir einfache Verfahren und höhere Beträge für die Rückerstattung von Reisekosten.





WIR IN
EUROPA

Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der
Sozialdemokraten im Europäischen Parlament



MEHR INFORMATIONEN GIBT'S RUND UM DIE UHR IN UNSEREN ONLINE-AUFTRITTEN

Täglich informieren wir Sie auf unserer Website,
bei Twitter und Facebook über unsere Arbeit.

Dort finden Sie unsere aktuellen Pressemitteilungen, unseren Newsletter,
Positionspapiere und allerlei Neuigkeiten rund um unsere Europapolitik.
Klicken Sie doch mal rein!

ONLINE

spd-europa.de
socialistsanddemocrats.eu/de
facebook.com/EuropaSPD
twitter.com/EuropaSPD



Herausgeber: Die SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament,
Jens Geier (Vorsitzender), Redaktion: Hannah Cornelsen, Jan Rössmann

Diese Broschüre finden Sie auch online unter
www.spd-europa.de